



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 81681 - 33  
Fernschreiber 0866890

E/XIII/179 - 11. August 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	Das Jahr der Saar-Eingliederung vor uns Absatzsorgen - Versagen des Bundes Von Kurt Conrad, MdB	87
3	Auf dem Weg zur kollektiven Selbstvernichtung Zum UNO-Bericht über die Gefährdung durch gesteigerte Radioaktivität	57
4 - 5	Frankreichs Verfassungsschlacht hat begonnen Ernste Bedenken der republikanischen Parteien	72
6 - 7	Die Diffamierung Martin Niemöllers Ein betrübliches Kapitel	85
8	Eisele - nun unauffindbar Ein Schandmal für die deutsche Justiz	41

\* \* \* \* \*  
\* \* \*

## Das Jahr der Saar-Eingliederung vor uns

Von Kurt Conrad, MdB.

Als am 27. 10. 1956 in Luxemburg der Vertrag über die Eingliederung des Saarlandes in die Bundesrepublik vom französischen und deutschen Außenminister unterzeichnet wurde, atmete die westliche Welt auf. Der die französisch-deutschen Beziehungen vergiftende Zankapfel wurde auf Grund der Volksabstimmung vom Oktober 1955 ungeteilt an Deutschland zurückgegeben.

Lobpreisend gedachte man in der Bundesrepublik der Haltung der Saarbevölkerung. Bei der politischen Eingliederungsfeier am 1. Januar 1957 in Saarbrücken versprach der Bundeskanzler, dass seine Regierung alles tun werde, um die drei Jahre Übergangszeit bis zur wirtschaftlichen Eingliederung des Saarlandes in den Bund tatkräftig zu nutzen. Die Eingliederung werde sich möglichst reibungslos vollziehen.

### Der Stand der Dinge

Das Saarland ist wirtschaftlich noch ein Teil des französischen Wirtschaftsraumes. Nur der Franken ist gesetzliches Zahlungsmittel. Die Bundesbürger in Saarland sind Devisenausländer und haben sich allen wirtschaftlichen Vorschriften aus Paris zu unterwerfen. Zwei Drittel der Steuern werden von der französischen Legislative und Exekutive beschlossen oder verordnet. Die Einnahmen aus Zöllen und indirekten Steuern fließen in einen gemeinsamen französisch-saarlandischen Topf, wovon die Saar 1/46 - Bevölkerung Saar zu Bevölkerung des französischen Mutterlandes - erhält.

Die eine Million Menschen der Saar leben in einem "kleinen Ruhrgebiet". Kohlenzechen und Schwerindustrie bestimmen das Gesicht des Reviers. Von 358 000 Beschäftigten sind allein 108 000 bei der Montanindustrie. Sie förderten 1957 16,5 Mio t Kohle und erzeugten 3,2 Mio t Roheisen und 3,5 Mio t Rohstahl. Diese Produktion und die darauf aufgebaute sonstige Industrieerzeugung kann nicht allein von der Saar verbraucht werden. Nur der Export von Industrieerzeugnissen verschiedenster Art aus diesem Gebiet ermöglicht den Import der notwendigen Lebensmittel, sonstiger Bedarfartikel und Rohstoffe.

### Verkaufen müssen - um kaufen zu können

Daran hängt das Wohl und Wehe der Bevölkerung der Saar.

Der Industriumsatz, ohne Bergbau und Baugewerbe, belief sich 1955 im Monatsdurchschnitt auf 22,997 Mrd. ffra. Davon wurden 13,1 Mrd. ffra. aus dem Saarland ausgeführt. In die französische Union gingen Waren für 7,85 Mrd. ffra., nach der übrigen Bundesrepublik für 2,964 Mrd. ffra. und nach dem sonstigen Ausland für 2,3 Mrd. ffra.

Bonn liess die Zügel schleifen

Diese Zahlen werden noch sehr interessieren, denn im Saarvertrag ist das Jahr 1955 als Referenzjahr für den zollfreien Warenaustausch zwischen Saar und Frankreich nach der wirtschaftlichen Eingliederung festgelegt. Die Warenmengen müssen sich im Ausmass der Mengen von 1955 bewegen.

Im Jahr 1956 sahen die Zahlen wie folgt aus:

Industrieumsatz (immer monatl. Schnitt)	25,981 Mrd. ffrs.
davon fliessen nach Frankreich	9,534 " "
Bundesrepublik	2,988 " "
übriges Ausland	2,652 " "

1957:	
Industrieumsatz	29,960 Mrd. ffrs.
davon	
Frankreich	11,474 " "
Bundesrepublik	3,540 " "
andere Länder	2,580 " "

Im ersten Vierteljahr 1958 betragen im Monatedurchschnitt:

Industrieumsatz	33,420 Mrd. ffrs.
davon	
Frankreich	12,935 " "
Bundesrepublik	4,509 " "
andere Länder	2,030 " "

Was bedeuten diese Zahlen im Zusammenhang mit Eingliederung und Saarvertrag? Nach der Wirtschaftseingliederung kann das Saarland gemäss Vertrag zollfrei und damit sicher absetzbar noch nach Frankreich liefern. Waren für 7,850 Mrd. ffrs., wenn die Saar französische Waren in fast doppelter Höhe aufzunehmen vermag. Hier kann, ja wird fast sicher die Revisionsklausel Platz greifen, nach der die Exportmenge der Saar nach Frankreich gekürzt wird um den gleichen Prozentsatz des Minderbezuges französischer Waren durch die Saar.

Im günstigsten Fall muss die Saarwirtschaft Ersatz für rund fünf Mrd. ffrs. Waren im Monat suchen. Dazu werden Absatzverluste auf dem inneren Markt kommen durch Waren aus der übrigen Bundesrepublik. Man schätzt diese Verluste auf 2,7 bis 3 Mrd. ffrs., monatlich. Tritt der ungünstige Fall der Reduzierung der Lieferungen nach Frankreich nach dem Jahre 1960 ein, werden weitere Absatzmärkte für mindestens 2,2 Mrd. ffrs. zu suchen sein.

Die Schlussrechnung sieht dann so aus:

Absatz der Produktion nach Frankreich über 55er Referenz:	5 Mrd. ffrs.
Absatzverluste am inneren Markt	3 " "
Reduzierung gemäss Vertrag	22 " "
Zusammen	10,2 Mrd. ffrs.

Im Jahre 1958 wird sich die Gesamtsaarproduktion auf etwa 400 Mrd. ffrs. belaufen (ohne Bergbau und Baugewerbe). Für mehr als ein Viertel - für über 120 Mrd. ffrs. - muss im Bund ein neuer Markt gesucht werden.

Das ist der Bundesregierung schon lange bekannt. Anstatt energisch und mit geeigneten Mitteln für eine Ausweitung des Saarsatzes im Bund zu sorgen, liess die Regierung die Zügel schleifen. Das Eingliederungsjahr steht vor uns. Wichtig ist bis jetzt vorbereitet, übrig bleibt das grosse Versagen. + + + - 3 -

Auf dem Weg zur kollektiven Selbstvernichtung

sp - Vor zwei Jahren wurden von der UNO Physiker, Biologen, Chemiker, Ärzte und Pharmazeuten aus 15 Ländern, darunter die Vereinigten Staaten, die Sowjetunion, Japan, Grossbritannien, beauftragt, eine wissenschaftliche Untersuchung über die Gefährdung der Menschheit durch gesteigerte Radioaktivität vorzunehmen. Der Bericht liegt nun vor, er umfasst 228 Seiten. Nur Auszüge von ihm sind bisher bekannt. Die Erkenntnisse, zu denen diese Wissenschaftler gelangt sind, gehören zu den erregendsten der Nachkriegszeit. Sie müssten jeden, dem die Zukunft seiner Kinder und aller Kinder der Welt am Herzen liegt, im Innersten aufwühlen und ihm den Schlaf der Nächte rauben. Mit düsteren Worten besagt der Bericht: Wenn Kernwaffenexplosionen im gleichen Umfange wie bisher fortgesetzt werden, könne bei den noch ungeborenen Kindern durch Aufnahme des gefährlichen Strontiums Leukämie und Knochenkrebs schon im Kindesalter die Folge sein. Radioaktivität als Folge von Kernwaffenexplosionen führe - das ist die zweite wichtige Feststellung - zu einer ständigen Erhöhung der in der ganzen Welt auftretenden Strahlenmenge und damit zu neuen und noch weithin unbekanntem Gefährdungen für die gegenwärtige und zukünftige Weltbevölkerung.

Der Bericht fasst auf Beobachtungen in vielen Ländern, seine Verfasser handelten als Wissenschaftler, nicht als Politiker. So vermied es denn auch eine Mehrheit dieser Kommission, in der Einleitung zu diesem wohl wichtigsten Werk seit 1945 eine von seiner Kindheit eingebrachte Empfehlung aufzunehmen, die die Einstellung der Kernwaffenversuche verlangte. Es lag ausserhalb des Arbeitsgebietes dieser Kommission, Erwägungen über eine wirksame Kontrolle aller Strahlenquellen, wozu vor allem die nuklearen Testexplosionen gehören, anzustellen, da dies "nationale und internationale Entscheidungen bedinge".

Nicht ausweichen vor dieser Entscheidung dürfen nun die Politiker und Staatsmänner. An ihnen liegt es, ob der fortschreitenden Selbstvernichtung der Menschheit, die nach diesem Bericht auch ohne Krieg denkbar und möglich ist, Einhalt geboten wird. Apathie, Gedankenlosigkeit oder gar Zynismus dürfen keine Entschuldigung mehr für Sichtreibernlassen auf einem Wege sein, auf dem es kein Zurück mehr gibt. Der Teufelskreis von Furcht und Misstrauen muss durchbrochen werden, wenn jetzige und noch ungeborene Generationen leben wollen. Atomwissenschaftler aus Ost und West haben in Genf in einer wahrhaft seltenen Einmütigkeit nachgewiesen, die Kontrolle von nuklearen Testexplosionen sei durchaus möglich. Was heisst dies? Das besagt, dass keine Weltmacht und auch kein anderes Land, das dem Beispiel dieser Grossen folgen möchte, sich darauf berufen kann, Atombombenversuche weiter durchzuführen, weil man nicht wisse, ob nicht die andere Seite im Geheimen dasselbe tue. Diese billige und das Gewissen der Menschen einschläfernde Ausrede - gewöhnlich muss dafür die Berufung auf nationales Prestige oder auf eine falsch verstandene Sicherheit herhalten - gilt nicht mehr.

Wird die Vollversammlung der UNO auf ihrer Septembertagung diesen Bericht einfach zur Kenntnis nehmen? Das ist wohl nicht anzunehmen. Auch wenn manche Regierungen sich noch schwermühtig zeigen und in einer Steigerung des Rüstungswettlaufs in atomaren Waffen mit weiterer Versuchs- explosionen das A und O ihrer politischen Weisheit sehen, so dürften sie doch in wohlverdiente harte Bedrängnis geraten, sollten sie sich den unvermeidlichen Folgerungen der Ergebnisse von Wissenschaftlern aus 15 Ländern verschliessen. Diese lauten: nichts, aber auch gar nicht mehr recht fertige die Weiterführung von A- und H-Bomben-Explosionen. Das Wohl aller Völker verlangt gebieterisch die sofortige Einstellung aller Versuche, verbunden mit einem technisch wirksamen Kontrollsystem. Wer dem widerspricht, sich ihm widersetzt und wer immer es auch sei, betätigt sich als Zerstörer der Menschheit.

11. August 1958

### Frankreichs Verfassungsschlacht hat begonnen

GS - Paris

Die Vorverlegung des Datums des französischen Volksentscheides (am 28. September statt im Oktober) hat die politischen Leidenschaften in Frankreich neu angefeuert, trotz der gegenwärtigen Ferienstimmung. Fast alle republikanischen Parteien äußerten zu dem bisher vorliegenden Projekt ernste Bedenken. Kritisiert werden einerseits die autoritären Tendenzen der neuen Verfassung, andererseits die mangelnden Zugeständnisse an die afrikanischen Völker.

Die Linke beanstandet vor allem, daß der Präsident der Republik von einem Kollegium gewählt werden soll, in dem neben den Parlamentariern und Generalräten, die Gemeinderäte der kleinen, konservativen Landgemeinden die große Mehrheit stellen, was die Wahl eines freisinnigen Präsidenten von vornherein ausschließt. Der Staatsoberhaupt, zugleich Präsident des geplanten französisch-afrikanischen Bundesstaates, kontrolliert, dem Projekt zufolge, direkt oder indirekt die Regierung (er ernennt den Ministerpräsidenten ohne Investitur des Parlaments), das Parlament (er kann die Nationalversammlung einmal jährlich auflösen), die Gerichtsbarkeit, die Außenpolitik (er verhandelt und ratifiziert die internationalen Verträge). Er erhält automatisch unbeschränkte Vollmachten, wenn er die Verfassung, die "Unabhängigkeit der Nation" oder die "Integrität des Territoriums" als "bedroht" betrachtet. Die Minister sollen nur noch Techniker oder sonstige Sachverständige sein, Parlamentsabgeordnete müssen auf ihr Mandat verzichten, wodurch die Distanz zwischen den Politikern und der Wählerschaft noch größer wird. Das Parlament soll überhaupt nur noch fünfzehn Monate im Jahr tagen und diese Sitzungen können, auf einfaches Verlangen des Ministerpräsidenten oder eines Zehntels der Abgeordneten, unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfinden. Schul- und Sozialgesetze können durch Regierungsdekret geändert werden.

Am meisten enttäuschten aber die Bestimmungen für die afrikanischen Völker, denn vom Recht auf Unabhängigkeit ist in dem Vorprojekt keine Rede mehr, was ein eindeutiger Rückschritt im Vergleich zu der Verfassung des Jahres 1946 ist. Nach den Forderungen des Afrikanischen Kongresses

11. August 1958

von Cotonou (Juli 1958), der sich für "sofortige Unabhängigkeit" der zentral- und westafrikanischen Länder und für die Verwirklichung eines "afrikanischen Sozialismus" - "beschleunigte demokratische Kollektivierung der Landwirtschaft und Schaffung einer modernen, dynamischen Industrie" - aussprach, hat nun auch die große, gemäßigte RDA (Afrikanische Demokratische Sammelbewegung) Schritte unternommen. Der Bürgermeister von Dakar, Senator Lamine Gueye, sowie führende Persönlichkeiten des Tschad und des Kamerun sprachen bei de Gaulle vor, um das "Selbstbestimmungsrecht der Überseegebiete" und die Verwirklichung eines französischen Commonwealth zu verlangen.

Es ist verständlich, daß die Kritiken an dem Verfassungsprojekt selbst in dem CCC (Comité Constitutionnel Consultatif, Beratender Verfassungsausschuß) laut werden, der in seiner Mehrheit aus Anhängern de Gaulles besteht. Die Scheidungslinie geht übrigens durch fast alle Parteien. Die Parlamentsfraktion der Sozialisten faßte einstimmig - gegen eine einzige Stimme und drei Enthaltungen - eine Entschliebung, in der "ernste Gefahren für die Republik" festgestellt werden. Alle Redner, durchwegs Mitglieder der "Mehrheit" der SFIO, übten Kritik, vor allem Jules Koch, der eine noch schärfere Verurteilung des Projektes verlangte, Leenhardt, Ramadier, Gazier und Masgaler. Die Partei hat als solche noch keine Stellung genommen, umso mehr, als der CCC seine Arbeiten noch nicht abgeschlossen hat. "Unzufrieden" und "beunruhigt" äußerten sich auch die katholischen Volksrepublikaner (RFP) und die Radikalen. Die "Minderheit" der SFIO hat mit Depreux, Verdier, Creste Rosenfeld und Daniel Meyer offen das "Nein" am Abstimmungstag gefordert. "Nein" sagten außer den Kommunisten auch die sozialistische Linkspartei und andere im "Band der Demokratischen Kräfte" vereinigte Organisationen.

Hauptpunkt der demokratischen Kritik ist selbstverständlich der Artikel 14, der im Falle "ernster Ereignisse" dem Staatsoberhaupt außergewöhnliche Vollmachten zugestehen soll und, ähnlich wie der Artikel 48 der früheren Weimarer Verfassung, das Tor zur offenen Diktatur sein könnte. Unterschiedene Vorbehalte kamen auch von bürgerlich-konservativer Seite, von Juristen und Professoren für Verfassungsrecht. André Siegfried schrieb in "Figaro": "Wir sind nicht mehr in der republikanischen Tradition". Der bekannte Publizist sprach die Befürchtung aus, daß "mit einer liberalen Tradition von über einen Jahrhundert gebrochen wird" und fügte hinzu: "Wir wollen nicht morgen wieder an der Schwelle des Bürgerkrieges, zwischen der Drohung der Rebellen und einer kommunistischen Volksfrontdrohung stehen. Unsere Zustimmung zu der neuen Verfassung muß mit dem republikanischen Gewissen vereinbar sein." Frankreichs Verfassungsschlacht hat begonnen. + + +

### Die Diffamierung Martin Niemöllers

G.H. Mit Betrübnis nur kann man sich des "Feldzuges" erinnern, der in den Jahren 1950 - 54 von gewissen Kreisen gegen den verstorbenen Dichter und Historiker Reinhold Schneider geführt worden war, als er es gewagt hatte, gegen die Bonner Militär- und Rüstungspolitik Stellung zu nehmen. Der Wiener Historiker Friedrich Meer hat bezeugt, daß Reinhold Schneider "nur durch die Hilfe protestantischer, liberaler und ausländischer Kreise vor dem Untergang bewahrt worden" ist. Man suchte ihn, der aus dem erschütterten Gewissen gesprochen hatte, "mit allen Mitteln" zugrunde zu richten.

Zur Zeit ist ein ähnliches Kesseltreiben gegen den hessischen Kirchenpräsidenten D. Martin Niemöller im Gange. Wirtschaftlich kann man ihn nicht wie Schneider ruinieren, also muß es moralisch versucht werden - durch schamhülle Diffamierung! Der Mann, der unter Hitlers Diktatur wahrlich bewiesen hat, was ein aufrechter, mutiger Christenmensch ist; der Mann, den Hitler acht Jahre lang ins KZ einsperren ließ - dieser Mann soll nun als unglaubwürdiger Verführer der Christenheit gebrandmarkt werden.

Man braucht beileibe nicht mit allem einverstanden zu sein, was D. Niemöller sagt oder tut, aber seine Person sollte jedem, der sich auch nur einen Rest von Anstand bewahrt hat, unantastbar sein, was sein Zeugnis unter Hitler und seine Haltung unmittelbar nach 1945 anbetrifft. Bischof Dibelius; der gewiß in vielen Dingen nicht mit Martin Niemöller übereinstimmt, sah sich gezwungen, in dem schamlosen Diffamierungszug sich eindeutig vor Niemöller zu stellen - im Berliner Sonntagsblatt vom 20.7.1958 - und für ihn zu zeugen.

Anlaß zu dieser Stellungnahme waren zwei diffamierende Angriffe auf Niemöller, einer vom "Rheinischen Merkur", ein anderer von einem ev. Professor emeritus namens Baumgärtel aus Erlangen. Im "Rheinischen Merkur" reißt ein Mensch namens Karl Uhdorn, von dessen tapferem Kampf gegen Hitler bislang niemanden etwas bekannt geworden ist, ein paar Sätze aus Niemöllers Dahlemer Freidigten von 1933 und verwandelt mit dieser Methode Niemöller in einen "ehemaligen Bewunderer der Hitlerideale und Befürworter des Dritten Reiches"! Pfarrer Karl Hardrich bezeichnet in der "Stimme der Gemeinde" vom 1.8.58 (Darmstadt) diesen Angriff als das, was er in Wahrheit ist: "eine gemeine Entstellung und traurige Verleumdung". Von anderen

Angreifer, dem Professor Baumgärtel, weiß Bischof Dibelius dies zu berichten:

"Seine Studenten hätten ihn damals gefragt, so berichtet er, warum er seine Stellung zum Nationalsozialismus nicht in seinen Vorlesungen klar zum Ausdruck bringe; sie wüßten doch, wie er denke! Darauf habe er geantwortet: er bringe es nicht übers Herz, ins Konzentrationslager zu gehen und seine sieben Kinder dem Elend preiszugeben; und außerdem würde man einen Deutschen Christen zu seinem Nachfolger machen! Ein entschlossenes Mitglied der Bekennernden Kirche hätte - und hat! - anders geantwortet. Das eben war der Unterschied!"

Ja, das ist der Unterschied zwischen einem Baumgärtel und Martin Niemöller: dieser hat seine Existenz eingesetzt, jener hat "nichts gewagt"! Aber heute, wo "es nichts kostet", treten diese Baumgärtels frech hervor, um einen Mann herabzusetzen, der sie damals tief beschämt hat.

Bischof Dibelius gibt dem hessischen Kirchenpräsidenten dieses Zeugnis von seinem Einsatz unter Hitler:

"In diesem Kampf war Martin Niemöller der "Führer" - wenn dieser Ausdruck erlaubt ist. Seine Predigten waren getragen von einem tiefen, christlichen Ernst und haben eben dadurch - wirklich durch nichts anderes! - ihre Anziehungskraft und ihre außergewöhnliche Wirkung gehabt. Die Gemeinde hat ihn einfach geglaubt, was er ihr predigte. Sie hat das Vertrauen gewonnen, daß dieser leidenschaftliche Mann, der in seinen Predigten so schlicht war, allzeit zu dem stehen werde, was er so unbekümmert und mutig verkündigte. In diesem Vertrauen ist sie niemals enttäuscht worden. Niemöller kannte keinen falschen Respekt vor Menschen. Er trat ihnen entgegen, wer sie auch waren - immer dann nämlich, wenn es um den christlichen Glauben ging.

Adolf Hitler wußte wohl, weshalb er gerade diesen Mann seit 1938 als seinen persönlichen Gefangenen im Konzentrationslager hielt. Nicht wegen politischer Opposition. Sondern weil Niemöller ihm um seines unerschrockenen Christentums willen gefährlicher erschien als alle anderen evangelischen Pastoren und Kirchenfürsten zusammengenommen.

Die fünf Jahre von 1933 bis 1938 haben das Bild Martin Niemöllers geprägt. Sie haben es in die Geschichte der evangelischen Kirche eingegraben. Dies Bild wird bleiben, auch wenn die Namen der anderson, die mit ihm gekämpft haben, längst vergessen sind. Es wird als das Bild eines Mannes bleiben, der um seines Glaubens und um der rechten Kirche willen seine gesamte Existenz entschlossen eingesetzt hat.

Das halten wir fest - gerade wir, die wir mit ihm zusammengestanden haben und doch politisch und kirchenpolitisch andere Wege gehen zu müssen geglaubt haben als er."

Man sollte meinen, daß damit den Thälerns und Baumgärtels der Mund ein für allemal gestopft wäre. Wer dies aber annimmt, kennt diese Sorte von "Kämpfern" nicht. Sie werden "ihren Kampf" weiterführen und sich dabei als Retter des "Christlichen Abendlandes" verkörpern. In Wahrheit sind gerade diese Leute die wahre Ursache des Unterganges dieses Abendlandes; denn es stirbt ja an nichts anderem als an seinen Lügen und seinen Lügneren.



Eisele - nun unauffindbar

G.B. Koch einmal hat es der KZ-Arzt Hanns Eisele verstanden, sich der Gerechtigkeit zu entziehen. Aus den widersprüchlichen und unklaren Auskünften der ägyptischen Polizei ist noch nicht zu erkennen, wie ihm die neuerliche Flucht gelang, ob mit stillschweigender oder aktiver Unterstützung der Kairoer Behörden, in deren Ausländergefängnis er einige Tage inhaftiert war. Aber es wäre allzu billig, wenn sich unser Unmut nun gegen Kassers Vereinigte Arabische Republik und seine SS-Ratgeber richten würde, wie es auch unbillig war, den amerikanischen Gerichten die Verantwortung für das Untertauchen Eiseles nach seiner Entlassung aus Landsberg zuzuschieben.

Die Verantwortung für den gesamten Komplex Eisele liegt nach wie vor bei der deutschen Stellen, die ihm den neuen Aufstieg in seinem Beruf und schliesslich, ob bewusst oder fahrlässig, die Flucht ermöglichten. Sei es die Ärzteschaft, die angeblich keine rechtliche Handhabe besaß, um Eisele den Aufbau einer neuen Praxis zu untersagen, seien es die Strafverfolgungsbehörden, die trotz der durch Kogons "SS-Staat" bekanntgewordenen Tatsachen in unglaublicher Nachlässigkeit die Zügel schleifen liessen, selbst noch, als durch den Sommerprozess die Öffentlichkeit alarmiert wurde und laut eine gerechte Sühne für die von Eisele an KZ-Häftlingen begangenen Verbrechen forderte. Aus München war, nach anfänglichen Meldungen über ein Strafverfahren gegen den Ersten Staatsanwalt Max von Decker, zu hören, dass die Untersuchungen gegen Decker und vier der Behilfe zu Eiseles Flucht verdächtige Polizeibeamte eingestellt wurden. Offenbar hatte man sich also damit zufrieden gegeben, dass das Objekt der Aufregung sicher im Ausland war und damit die weitere Verfolgung des Falles dem Auswärtigen Amt und der deutschen Botschaft in Kairo zugefallen war. Mit "Verwarnungen" und "Verweisen" glaubte man, seine Schuldigkeit getan zu haben, indem man die Feststellungen von strafrechtlichen auf das disziplinarische, und damit praktisch tote Gleis schob.

Genau so liess sich das Auswärtige Amt geraume Zeit, ehe es das Auslieferungsbegehren über die deutsche Botschaft in Kairo an Ägypten stellte. Es fragt sich sehr, ob die Botschaft eine geeignete Form gefunden hatte, um die ägyptischen Behörden über den Verbrecher Eisele aufzuklären, ob sie scharf genug darauf hingewiesen hat, dass es hier um das Ansehen der Bundesrepublik im Ausland geht. Präsident Kasser aber wäre schlecht beraten, wenn er den Fall Eisele als Stimulans der antisemitischen Stimmung in der Vereinigten Arabischen Republik benutzen wollte. Es geht hier um die Strafe für Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die zu verhindern oder zu verzögern dem Prestige keines Staates dienlich sein kann.

+ + +

Verantwortlich: I.V. Albert Exler